

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	58. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	18. Februar 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

17.

**Punkt 16 der Tagesordnung: Soziale und nachhaltige Vergabe in Karlsruhe
Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach, Dr. Ute Leidig und Uta van Hoff, der
Stadträte Dr. Christofer Leschinger, Alexander Geiger und Michael Borner
(GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 19. Dezember 2013
Vorlage: 2013/0319**

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Dr. Leschinger (GRÜNE): Soziale und nachhaltige Vergabe wird aktuell in vielen Kommunen in Baden-Württemberg diskutiert. Es ist kein ganz einfaches Thema, weil es hier diverse Rechtsvorschriften zu beachten gibt, und vor allem weil es hier, wie bei vielen anderen Dingen auch, nicht die eine Universallösung gibt. Je nach Produkt, je nach Leistung und auch je nach Blickwinkel kann ganz unterschiedlich sein, was man unter sozialer oder nachhaltiger Vergabe versteht.

Einige Beispiele: Bei technischen Geräten oder Investitionen liegt der Blickpunkt vielleicht am ehesten auf einer langen Lebensdauer, auf geringen Wartungskosten, geringem Stromverbrauch. Bei Baumaterialien oder Marmorplatten, Grabsteinen steht vielleicht im Mittelpunkt, dass ausgeschlossen ist, dass in irgendeiner Form Kinderarbeit bei der Produktion beteiligt war. Bei Postdienstleistungen oder Handwerkerleistungen sollte uns eine faire Bezahlung der Dienstleistenden im Mittelpunkt stehen oder vielleicht eine Stärkung regionaler Unternehmen. Bei der Belieferung von Kantinen oder Schulen kann auch der Schwerpunkt auf regionalen oder biologischen Produkten liegen. Wenn es um andere Produkte geht, beispielsweise Tee oder Kaffee, dann kommt man mit regionalen Produkten nicht weit. Dann liegt der Fokus vielleicht darauf, dass die Produzenten fair bezahlt worden sind.

Diese kurze Übersicht zeigt, wie vielschichtig diese Thematik ist und wie unterschiedlich die Kriterien sind, je nach Produkt und je nach Leistung. Selbstverständlich muss sich die Vergabe auch an wirtschaftlichen Kriterien orientieren. Schließlich haben wir als Stadt nur begrenzte finanzielle Ressourcen. Darüber hinaus ist die Rechtssicherheit besonders wichtig, damit spätere Rechtsstreitigkeiten ausgeschlossen werden.

Es ist also nicht ganz einfach. Die Kunst im kommunalen Vergabewesen besteht letztlich darin, diese sozialen, nachhaltigen oder ökologischen Ziele in konkrete und rechtssichere Ausschreibungskriterien zu übersetzen. Es ist uns klar, dass wir hier im Gemeinderat nur einen Impuls geben können bzw. der Verwaltung einen Fingerzeig. Es kann unmöglich Aufgabe der Stadträtinnen und Stadträte sein, die Verwaltung zu gängeln und in jedem Detail vorzuschreiben, bei welchem Produkt bitte welche Kriterien beachtet werden sollen. Vielmehr wollen wir mit unserem Antrag die Verwaltung dazu animieren, dass der Weg, auf den die Stadtverwaltung sich bisher gemacht hat, auch konsequent und engagiert fortgesetzt wird.

Einige Kriterien der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes haben es schon - auch auf Initiative dieses Gremiums hier - in die Vergabedienstanweisung der Stadt gebracht. Wir bauen nun auf die Motivation und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort in der Verwaltung, damit diese Kriterien auch engagiert und konsequent umgesetzt werden und der durchaus vorhandene rechtliche Spielraum auch genutzt wird.

Ein wichtiger Meilenstein in unseren Augen auf dem Weg in diese Richtung ist mit Sicherheit die neu gegründete zentrale Vergabestelle in der Stadtverwaltung. Das Vergabewesen wird immer komplexer. Es ist wichtig, dass die Kompetenzen daher an einer zentralen Stelle innerhalb der Verwaltung gebündelt werden. Wir hätten uns prinzipiell gewünscht - so haben wir auch in Punkt 3 unseres Antrags formuliert -, dass die zentrale Vergabestelle bei allen Ausschreibungen, also sowohl nach VOL, VOF, aber auch nach VOB, eingebunden wird und bei allen Vergaben schon im Rahmen der Ausschreibung auf die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien geachtet wird. In der Stellungnahme der Verwaltung möchte diese zumindest die Bauleistungen vorerst ausnehmen und nicht über die zentrale Vergabestelle ausschreiben. Wenn auch bei Bauleistungen gewährleistet ist, dass Kriterien des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit sowie soziale Kriterien im Rahmen der Ausschreibung durch die entsprechenden Dienststellen beachtet werden, also beispielsweise im Tiefbauamt oder im Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft, dann soll uns das auch Recht sein. Wichtig ist, was am Ende dabei herauskommt, und dass im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten alle Möglichkeiten der fairen und nachhaltigen Vergabe ausgeschöpft werden.

Wir sind gespannt auf den Bericht des Umwelt- und Arbeitsschutzes, der uns in der Stellungnahme zu Punkt 1 unseres Antrags im Verlauf dieses Jahres zugesagt wurde, um einfach zu sehen, wo die Stadt Karlsruhe aktuell in Bezug auf Nachhaltigkeit und Ökologie bei der Vergabe steht. Wir könnten uns gut vorstellen, dass diese Diskussion auch im Hauptausschuss weitergeführt werden kann, um einmal anhand einiger wichtiger Produkte - man kann sicherlich nur einige wenige wichtige Produkte oder Dienstleistungen herauspicken - exemplarisch zu diskutieren, welche Kriterien uns als Verant-

wortliche - abgesehen vom Preis - für die Vergabe wichtig sind, und welche Kriterien daher bereits im Ausschreibungstext als Vergabevoraussetzung festgeschrieben werden sollten.

Darüber hinaus fänden wir es für die Transparenz hilfreich, wenn zukünftig in den Ausschussvorlagen oder in den Vorlagen für den Gemeinderat auch erwähnt wäre, welche Kriterien - abgesehen vom Preis - bei der Ausschreibung berücksichtigt wurden und wie die einzelnen Bieter in den einzelnen Punkten abgeschnitten haben. Denn eine Vergabe von Aufträgen einzig anhand des Preises lässt Fragen der sozialen Gerechtigkeit aber auch gesellschaftliche und ökologische Kosten außer Acht. Vor allen Dingen bauen wir aber auf die Motivation aller Mitarbeiter in der Stadtverwaltung, besonders in der Zentralen Vergabestelle, aber auch an den anderen Stellen, wo sich die Mitarbeitenden täglich mit Ausschreibung und Vergabe von Produkten und Dienstleistungen befassen. Ich hoffe und wünsche mir sehr, dass sie sich ihrer großen Verantwortung dort bewusst sind und motiviert weiter dafür sorgen, dass wir als Kommune auf dem Weg zu einer sozialen und fairen Stadt in großen Schritten weiterkommen, denn von ihnen hängt es ab.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Der Antrag der Grünen ist gut. Aber er ist längst erledigt und deshalb auch überflüssig. Wenn man den Redebeitrag des Kollegen Dr. Leschinger genau verfolgt hat, hat er das selbst zum Ausdruck gebracht, nämlich: "Wir haben einen Antrag gestellt und sehen ein, dass Sie, liebe Stadtverwaltung, alles schon tun, was wir hier beantragt haben." Das haben wir alle hier in diesem Haus schon oft genug diskutiert, schon oft genug auch der Verwaltung vorgegeben. Jetzt ein dickes Lob an die Verwaltung: Die Verwaltung hat es auch schon oft genug übernommen.

Denn genau aus diesen Diskussionspunkten, die wir diesbezüglich hier geführt haben, gibt es diese Dienstanweisung. Die Stadtverwaltung versucht immer wieder - das können wir jederzeit kontrollieren, wenn wir es in den Ausschüssen diskutieren, wenn etwas vergeben wird, wenn beraten wird -, wirklich alles zu tun, egal in welchem Bereich, um das auszuschöpfen, wenn es um die Frage der Vergabe geht, was ausschöpfbar ist.

Jetzt kam uns noch das Tariftreugesetz entgegen. Auch hier muss man sagen - das kenne ich zumindest aus dem Bauausschuss, in anderen Ausschüssen wird es wohl nicht anders sein -, es wird sehr streng darauf geachtet und alle Möglichkeiten ausgeschöpft, auch dieses mitzubedenken, was in dem Tariftreugesetz steht.

Was mir viel wichtiger erscheint, ist die Tatsache, dass im EU-Parlament im Januar dieses Jahres eine Richtlinie beschlossen wurde, die genau diesen Antrag, den die Grünen gestellt haben, nämlich soziales und nachhaltiges Vergabe, beinhaltet. Diese Richtlinie tritt ab März dieses Jahres - also demnächst - in Kraft. Dann haben die Nationen zwei Jahre Zeit, diese Richtlinie umzusetzen. Da genau gilt es für uns festzustellen, wo und wann reagiert unsere Nation, wann reagiert unsere Regierung. Wenn dieses dann umgesetzt wird, hat auch die Stadt Karlsruhe die Möglichkeit, noch weitere Maßnahmen zu ergreifen, um dem gerecht zu werden. Insofern warten wir ab, was sich da tut. Es

wird mit Sicherheit besser werden. Aber was die Stadt Karlsruhe diesbezüglich - wenn es um Vergaben geht - tut, ist gut und lobenswert. Dafür bedanken wir uns.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Kalesse (FDP): Ich bin fast sprachlos. Der Kollege Pfalzgraf hat mir jetzt das vorweggenommen, was ich auch sagen wollte.

(**Stadtrat Pfalzgraf/SPD:** Hättest du dich vor mir melden müssen!)

Ich halte den Antrag auch für überflüssig aus den gleichen Gründen, wie es der Kollege Pfalzgraf angeführt hat. Deswegen sind wir mit der Stellungnahme der Verwaltung sehr zufrieden.

Eine kleine persönlich Anmerkung zu der ganzen Geschichte: Ich kenne hier in der Oststadt eine Schreinerei, die schon seit vielen Jahren Materialien, hauptsächlich Holz, aus zertifiziertem Anbau verwendet.

(Beifall bei der FDP; Heiterkeit)

Stadträtin Döring (KAL): Die Thematik ist wirklich sehr vielschichtig. Das hat Kollege Dr. Leschinger zu Anfang sehr ausführlich dargestellt. Der Antrag der Grünen ist zu Anfang eher eine Anfrage - das ärgert mich immer ein bisschen, denn dann müsste man nicht darüber reden -, und beschreibt dann die Verwaltungsrealität. Vor allem in Punkt 4 wird etwas beantragt, das gut und wichtig ist, nämlich der Austausch mit den anderen Kommunen. Aber das gibt es schon, wie aus der Verwaltungsantwort deutlich wird, und wie Herr Pfalzgraf auch gerade erwähnt hat.

Das heißt, eigentlich war es nicht nötig, diesen Antrag zu stellen.

(Beifall bei der KAL)

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): Für die CDU-Fraktion auch noch ein paar Worte am späten Abend.

Der Antrag rangiert bei uns unter der Rubrik "Und ewig grüßt das Murmeltier", weil er in verschiedener Form - so ähnlich wie zu Weihnachten immer wieder das Thema Recyclingpapier auftaucht aus der Wiedervorlage - hier immer wieder thematisiert wird. Es werden immer ein paar neuere Aspekte eingebracht, die aber eigentlich normales Verwaltungshandeln sind. Hier wäre mein Vorschlag, Herr Oberbürgermeister: Vielleicht sollten Sie den Stadträten der Grünen einmal eine Hospitanz anbieten in der Verwaltung. Dann könnten wir uns solche überflüssigen Anträge ersparen.

(Beifall bei der CDU; Unruhe - **Der Vorsitzende:** Herr Mossuto hat das Wort!)

Stadtrat Mossuto (GfK): Wir stellen fest, dass die Stellungnahme der Verwaltung und der Antrag der GRÜNE-Fraktion nicht wesentlich weit voneinander entfernt liegen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Position der Zentralen Vergabestelle, die im

November 2013 beim Hauptamt eingerichtet wurde, zu stärken. Das ist der einzige interessante Punkt in diesem Antrag.

Neben dem operativen Prozess bei der Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen durch die Stadt, stellt die zentralisierte Vergabestelle die strategische Voraussetzung für eine klare, konsequente Ausrichtung dar. Die strategische zentrale Vergabe sichert - unserer Erfahrung nach - einen nachhaltigen Handel im Interesse der Stadt.

Eine Einbindung der VOB bei der Vergabe und Verordnung von Bauleistungen ist empfehlenswert. Die Einbindung bei der Vergabe von Bauleistungen durch die KASIG sollte allerdings getrennt geregelt werden, um nicht einen laufenden sensiblen Prozess zu stören.

Stadtrat Dr. Leschinger (GRÜNE): Ich wollte noch einmal kurz darauf eingehen. Es freut mich, dass dieses Thema scheinbar in diesem Gremium angekommen ist. Es scheint eine sehr einhellige Meinung zu geben. Etwas unterschiedlich ist vielleicht die Bewertung. Wir haben den Eindruck, dass wir noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht haben, sondern dass wir hier auf jeden Fall immer wieder das Augenmerk darauf richten sollten. Frau Stadträtin Luczak-Schwarz hat gesagt, täglich grüße das Murmeltier. So sieht sie das. Ich habe den Eindruck, dass wir mit unserem Antrag schon auch noch neue Aspekte hereingebracht haben.

Wichtig ist uns der Bericht, der zugesagt wurde, um einfach zu sehen, wo wir stehen. Wichtig ist uns auch die interkommunale Zusammenarbeit. Ich denke, dass das noch ausgebaut werden kann. Wir haben schon den Eindruck, dass der rechtliche Spielraum durchaus noch nicht voll ausgenutzt ist. Ich denke, es lohnt sich immer wieder ein Augenmerk darauf zu haben.

(Beifall bei den Grünen)

Der Vorsitzende: Ich würde Ihnen vorschlagen, wenn der Bericht vorliegt, dann zu diesen einzelnen Aspekten genau diese Diskussion zu führen. Welchen weiteren Spielraum sehen Sie noch, der vielleicht noch nicht berücksichtigt ist? Ich glaube, dass es dadurch beim Einzelfall unterschiedliche Positionen geben kann. Wenn Sie das als gesamter Gemeinderat so mitgehen würden, ist das das richtige Verfahren.

Sie sind einverstanden. Dann brauchen wir das nicht zur Abstimmung stellen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
17. März 2014